

Washington News

Nr. 6 vom 14. Februar 2019

- **Diese Woche in Washington**
- **Neue Gesetzesvorlage zu Russland-Sanktionen im Senat**
- **Empfehlungen als Reaktion auf „Made in China 2025“**
- **Autoimporte und nationale Sicherheit**
- **Senat will über „Green New Deal“ abstimmen**
- **Viele Städte in den USA verfolgen Smart-City-Projekte**
- **Handelsgespräche zwischen USA und China gehen weiter**
- **Initiative zur Förderung von künstlicher Intelligenz**
- **EPA verzeichnet weniger Schadstoffausstöße**
- **German American Business Outlook**

Diese Woche in Washington

Beide Kammern des US-Kongresses scheinen eine Einigung im Haushaltsstreit gefunden zu haben und zeigen sich optimistisch, dass das finale Budget für 2019 vor Freitag verabschiedet werden kann. Das Weiße Haus ließ mitteilen, US-Präsident Trump werde das Gesetz unterzeichnen. Er beabsichtige aber, einen *national emergency* auszurufen, um die Finanzierung für den Mauerbau sichern zu können. Anstelle der von ihm geforderten 5,7 Milliarden US\$ zum Bau einer Mauer entlang der südlichen US-Grenze sieht der Entwurf aus dem Kongress lediglich 1,3 Milliarden US\$ hierfür vor.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses im Senat Chuck Grassley (R-IA) hat das Weiße Haus davor gewarnt, dass der Kongress das neue Handelsabkommen zwischen den USA, Mexiko und Kanada nicht verabschieden werde, sollten die Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte aus den beiden Partnerländern bestehen bleiben. Grassley betonte, dass auch Kanada und Mexiko verdeutlicht hätten, das Abkommen unter diesen Bedingungen nicht zu ratifizieren.

Das Weiße Haus hat die Mitglieder des [US Workforce Policy Advisory Board](#) bekannt gegeben. Aufgabe des 25-köpfigen Gremiums ist es, die US-Administration bei deren Strategie zur Sicherung und Ausbildung von Fachkräften zu beraten. Mit Siemens und SAP sind zwei deutsche Tochterunternehmen vertreten. (cs)

Neue Gesetzesvorlage zu Russland-Sanktionen im Senat

Kurzmeldungen

Handelsgespräche zwischen USA und China gehen weiter

Der US-Handelsbeauftragte (USTR) Robert Lighthizer und US-Finanzminister Steven Mnuchin sind nach Peking gereist, um die Gespräche zur Lösung des Handelskonflikts fortzusetzen. US-Präsident Donald Trump hat sich unterdessen im Rahmen eines [Kabinetttreffens](#) optimistisch gezeigt, eine Einigung mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping zu erzielen. Er sei bereit, die auf den 1. März festgelegte Frist zu verschieben, sollten beide Länder kurz vor einer Einigung stehen. Präsident Trump sagte weiterhin, ein Deal mit China könne nur

Am 13. Februar haben mehrere Senatoren die überparteiliche Gesetzesvorlage [Defending American Security from Kremlin Aggression Act \(DASKA\) of 2019](#) eingebracht. Das umfassende Sanktionspaket zielt darauf ab, den wirtschaftlichen, politischen und diplomatischen Druck auf Russland zu verstärken. DASKA gilt als Reaktion auf Russlands vermeintliche Beeinflussung demokratischer Prozesse im Ausland, seine Syrienpolitik sowie sein Vorgehen in der Ukraine und der Straße von Kertsch. Laut Senator Lindsey Graham (R-SC) soll der Entwurf Russland dazu zwingen, sein Verhalten zu ändern. Ferner unterstreicht der US-Kongress mit der Vorlage seine Unterstützung für die NATO. Für den US-Präsidenten wäre es nicht mehr möglich, eigenmächtig die NATO-Mitgliedschaft der USA aufzukündigen.

Als Reaktion auf die Beeinflussung demokratischer Prozesse im Ausland sieht DASKA neue Sanktionen gegen russische Banken, russische Flüssigerdgas-Projekte außerhalb Russlands, den Cybersektor, den Handel mit russischen Staatsanleihen sowie gegen Politiker und Oligarchen vor. Wegen aggressiver Handlungen gegen die Ukraine sind Sanktionen gegen 24 Geheimdienstagenten (FSB) geplant, die vermutlich an dem Angriff im Asowschen Meer beteiligt waren. Der russische Schiffsbausektor und bestimmte Öl- und Energieprojekte wären ebenfalls betroffen. (ch)

Empfehlungen als Reaktion auf „Made in China 2025

Der Vorsitzende des Senatsausschusses für Kleinunternehmen und Unternehmertum Marco Rubio (R-FL) hat einen [Bericht](#) veröffentlicht, in dem politische Empfehlungen als Reaktion auf Chinas Plan zur globalen Dominanz in zehn Schlüsselindustrien (*Made in China 2025*) dargelegt werden. Der Bericht stellt eine neutrale US-Wirtschaftspolitik in Frage. Möglicherweise sei es nicht mehr ausreichend, lediglich die Kräfte des freien Marktes darüber entscheiden zu lassen, welche Wirtschaftssektoren in den USA erfolgreich sind. Basierend auf strategischen Prioritäten des Landes sollten politische Entscheidungsträger die Märkte zum Wohl amerikanischer Arbeitnehmer mitgestalten können.

Um die US-Wirtschaft langfristig im weltweiten Wettbewerb zu stärken, wird in dem Bericht unter anderem vorgeschlagen, Investitionen in kleine Unternehmen und die Ausbildung von Arbeitskräften zu erhöhen, chinesische Investitionen in den USA zu beschränken und Importe von *Made in China 2025*-Produkten mit Zöllen zu belegen. In den kommenden Monaten beabsichtigt Rubio, in seinem Ausschuss eine Reihe entsprechender Gesetzentwürfe aufzugreifen. (ch)

Autoimporte und nationale Sicherheit

Am 17. Februar läuft nach 270 Tagen die Frist für das US-Wirtschaftsministerium (DOC) ab, dem Präsidenten den Untersuchungsbericht zu der Frage vorzulegen, ob Autoimporte die nationale Sicherheit gefährden. Ob der Bericht bereits fertiggestellt ist, ist nicht öffentlich bekannt. Nach Vorlage des Berichts hat der Präsident 90 Tage Zeit

während eines bilateralen Treffens mit Xi erreicht werden. Ein Datum für ein solches Treffen ist bisher nicht bekannt. (kw)

Initiative zur Förderung von künstlicher Intelligenz

Der US-Präsident hat am Montag per Präsidialerlass Bundesbehörden dazu aufgefordert, Investitionen in Forschung und Entwicklung von künstlicher Intelligenz (KI) zu priorisieren. Ziel der Initiative des Weißen Hauses ist es, die Führungsrolle der USA bei der Entwicklung von KI vor allem gegenüber China zu festigen. Präsident Trump bezeichnete KI als entscheidend für die Sicherung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und die nationale Sicherheit der USA. Führende Tech-Unternehmen aus den USA begrüßten den Vorstoß. (cs)

EPA verzeichnet weniger Schadstoffausstöße

Im jüngsten [Bericht](#) der US-Umweltbehörde (EPA) heißt es, dass es im vergangenen Jahr weniger Verstöße gegen bestehende Umweltschutzvorschriften gegeben hätte. Folglich gäbe es auch eine deutliche Reduzierung von Schadstoffausstößen. Kritische Stimmen werfen der Administration allerdings vor, nicht

über die Einführung von *Section 232*-Zöllen zu entscheiden. Er ist nicht verpflichtet, den Empfehlungen des Berichts zu folgen.

Da der 17. Februar auf einen Sonntag fällt und der 18. Februar ein bundesweiter Feiertag ist (*Presidents Day*), wird der Bericht dem Weißen Haus vermutlich erst am Dienstag vorgelegt. Es besteht keine Pflicht, den Bericht unmittelbar publik zu machen. Über den Zeitpunkt der Veröffentlichung im *Federal Register* kann der Präsident frei entscheiden. Sollte der Bericht als Ganzes oder Teile davon als vertraulich eingestuft werden, könnte sich eine Veröffentlichung deutlich verzögern. (kw)

Senat will über „Green New Deal“ abstimmen

Der Mehrheitsführer im Senat, Mitch McConnell (R-KY), hat diese Woche angekündigt, über die umwelt- und wirtschaftspolitische *Green New Deal*-Resolution der demokratischen Abgeordneten Ocasio-Cortez (D-NY) abstimmen zu lassen. Der *Green New Deal* ist ein umfassendes Programm, das bis zum Jahr 2030 weitreichende staatliche Investitionen für die Verwirklichung einer nachhaltigeren und sozial gerechteren US-Wirtschaft vorsieht. Der 13-seitige Resolutionsentwurf enthält unter anderem eine vollständige Entkoppelung der US-Wirtschaft von fossilen Brennstoffen innerhalb von 10 Jahren, eine flächendeckende Gesundheitsvorsorge, höhere Löhne und eine Stärkung der Rechte von Gewerkschaften.

Die Ankündigung von McConnell wird als politischer Schachzug bewertet, da der Entwurf kaum Aussicht auf Erfolg hat – weder im Senat noch im Repräsentantenhaus. Durch eine Abstimmung sähen sich die demokratischen Senatoren – darunter mehrere Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen 2020 – allerdings gezwungen, sich öffentlich zu der kontroversen Resolution zu positionieren. Die Republikaner, wie der Senator John Thune (R-FL), bezeichnen die Initiative als sozialistisch geprägt und schädlich für die Wirtschaft. (cs)

Viele Städte in den USA verfolgen Smart-City-Projekte

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Das kalifornische San José soll im 2. Halbjahr 2019 Pilotstadt des App-basierten, vollautomatisierten und fahrerlosen Mitfahr-Services von Daimler und Bosch werden. Dazu haben die beiden Konzerne mit der Metropole im Silicon Valley im Herbst 2018 eine Entwicklungskooperation vereinbart. Die als Robotertaxi auserkorenen Fahrzeuge der Mercedes S-Klasse sollen bereits in wenigen Jahren serienreif sein. Den vollständigen Bericht finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)

konsequent genug gegen Umweltverschmutzer vorzugehen. (kw)

German American Business Outlook

Die Deutsch-Amerikanischen Handelskammern und der *Representative of German Industry and Trade* haben die Ergebnisse ihrer jüngsten Befragung deutscher Tochterunternehmen in den USA veröffentlicht. Laut des [German American Business Outlook](#) (GABO) gehen 87% der befragten Unternehmen in diesem Jahr von einem bis zu 3-prozentigen und 10% von einem starken Wachstum (über 3%) der US-Wirtschaft aus. Bei der Bewertung der Wachstumserwartungen für das eigene Unternehmen rechnen 52% mit einem moderaten und 39% mit einem starken Wachstum. Eine der größten Herausforderungen bleibe es, qualifizierte Fachkräfte zu finden. (cs)



Audi





Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

**[For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com](http://www.germanbusinessmatters.com)**

